

## Pressemitteilung

**Erste Ergebnisse der Allensbach-Studie „Niedersachsen 2023.“: Inflation ist nach wie vor das Sorgen Thema der Niedersachsen – aber auch die Gesundheitsversorgung.**

Hannover, am 11. Juli 2023

„Die Aneinanderreihung von Krisen seit 2020 – Corona, Ukraine, Energiepreise – bedrückt die Stimmungslage der niedersächsischen Bevölkerung nachhaltig, das Vertrauen in die Kompetenz der Politik geht zurück, die Verunsicherung wächst“, so Dr. Volker Schmidt, Geschäftsführer der Drei Quellen-Mediengruppe anlässlich der Bekanntgabe der jüngst von der Drei Quellen-Mediengruppe in Auftrag gegebenen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Die Meinungsforscher vom Bodensee befragten im Zeitraum von Mai bis Ende Juni eine repräsentative Stichprobe von 1.101 Niedersachsen in Face-to-Face-Interviews.

Am meisten beunruhigen die Bevölkerung die hohen Preissteigerungen (77 Prozent), es folgen der Fachkräftemangel (62 Prozent) und hier speziell der zunehmende Ärztemangel auf dem Land (59 Prozent), die überbordende Bürokratie und die hohen Mieten in vielen Regionen (jeweils 57 Prozent). 49 Prozent der Niedersachsen sehen mit Sorge den wachsenden Ausfall von Schullehrern und Kinderbetreuung. Auch die Sicherheit der Energieversorgung bleibt ein Thema: 45 Prozent der Niedersachsen befürchten, dass die Energieversorgung nicht gesichert ist, knapp vier von zehn Niedersachsen sehen die Unterbringung von Flüchtlingen als nicht gelöst. Dass die wirtschaftlichen Probleme vieler Unternehmen im Zuge des Transformationsprozesses und der Energiepreissteigerungen zwar gesehen werden, aber die Bevölkerung offenbar nur begrenzt beunruhigen (36 Prozent), hat offenbar vor allem mit der robusten Verfassung des Arbeitsmarktes zu tun: Arbeitslosigkeit ist im Moment nahezu kein Thema.

### **Gesundheitsversorgung rückt immer stärker in den Fokus**

Über Jahrzehnte galten Gesundheitssystem und -versorgung in den Augen der Bevölkerung als stabil. Gleichzeitig war die Mehrheit bereits seit einigen Jahren skeptisch, ob es gelingen würde, den hohen Versorgungsstandard in die Zukunft zu verlängern. Vor allem der sich zuspitzende Personalmangel im Gesundheitswesen beunruhigt heute die Bevölkerung, primär im ländlichen Raum. Dr. Volker Schmidt: „Wenn das personelle Fundament des Gesundheitswesens erodiert, wird es kaum möglich sein, die Leistungsfähigkeit des Systems aufrechtzuerhalten.“ Die Umfrage zeigt, dass sich das Versorgungsniveau von Stadt und ländlichem Raum in Niedersachsen entkoppelt: 73 Prozent der Großstädter stufen den Versorgungsstandard mindestens mit gut ein (23 Prozent nicht gut), auf dem Land sind es nur 50 Prozent (49 Prozent nicht gut) der Bevölkerung. Konkret nach dem Mangel an Pflegepersonal und Ärzten gefragt, beklagen im Schnitt zwei Drittel der

Niedersachsen in ihrer jeweiligen Region einen Mangel an Pflegepersonal, bei Ärzten hingegen ist das Gefälle zwischen Großstädten und Land frappierend: 23 Prozent der Großstädter beklagen einen Mangel an Ärzten, aber immerhin bereits jeder Zweite (48 Prozent) in Dörfern und Kleinstädten.

Die niedersächsische Bevölkerung erwartet in ihrer großen Mehrheit, dass sich die Situation weiter verschlechtern wird (Großstädte 42 Prozent, Dörfer 57 Prozent). Nahezu sechs von zehn Niedersachsen haben bereits ganz persönlich die Auswirkungen des Mangels an medizinischem Personal zu spüren bekommen. Auffällig ist: Überproportional häufig berichten Frauen von Personalengpässen im Gesundheitswesen, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben. Auch das Alter spielt eine Rolle: Unter den Befragten berichten die 30 bis 44-Jährigen besonders häufig von Personalmangel im Gesundheitswesen. Schmidt: „Es ist eine enorme Herausforderung, der personellen Erosion des Gesundheitswesens entgegenzuwirken. Wichtig ist vor allem die Entlastung von Ärzten und Pflegekräften von Bürokratie und Dokumentationspflichten und mehr Tempo bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen. Damit Ärzte und Pflegekräfte sich wieder stärker ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden können: Der Betreuung von Patienten.“

### **Gravierende Personalprobleme in den Schulen**

Nur 35 Prozent der Eltern von Schulkindern bewerten die personelle Ausstattung an den Schulen positiv, 59 Prozent berichten von einer unzureichenden Ausstattung, 14 Prozent sogar von einem schwerwiegenden Lehrermangel. Dies wirkt sich konkret auf die Unterrichtsversorgung aus: Vier von zehn Eltern berichten, dass in den Schulen ihrer Kinder häufig Stunden ausfallen, ein in dieser Höhe bisher nicht gemessener Wert. Dieser Lehrermangel wirkt sich in der aktuellen Situation besonders gravierend aus, weil viele Schulen durch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und einen wachsenden Anteil an Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen ohnehin schon besonders gefordert sind: 42 Prozent der Eltern berichten, dass in den Schulen ihrer Kinder der Unterricht durch Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen erschwert wird, weitere 17 Prozent machen diese Erfahrung abhängig von der jeweils besuchten Schule.

Auch in der übrigen Bevölkerung, die keine schulpflichtigen Kinder hat, sind 84 Prozent davon überzeugt, dass dies viele bzw. einige Schulen vor ein Problem stellt, nur 4 Prozent glauben, dies sei nicht der Fall. Schmidt: „Die Ergebnisse der Umfrage sind alarmierend. Sie geben einmal mehr Anlass zu der Frage, warum wie etwa in der Schweiz Sprachunterricht für alle Kinder mit Migrationshintergrund nicht bereits im Vorschulalter verpflichtend vorgeschrieben wird. Deutschland ist Einwanderungsland. Den Erwerb der deutschen Sprache in den normalen Unterricht zu verlagern, ist für alle Beteiligten eine Belastung, und sie geht eindeutig zu Lasten der Wissensvermittlung.“

## **Digitale Ausstattung der Schulen verbessert**

Während die unzureichende personelle Ausstattung vieler Schulen zunehmend Probleme bereitet, bessert sich sukzessive die digitale Ausstattung. Zwar bewerten aktuell immer noch 41 Prozent der Eltern die digitale Ausstattung der Schulen ihrer Kinder als unzureichend, vor einem Jahr waren es allerdings 48 Prozent und vor zwei Jahren 60 Prozent. Schmidt: „Die Anstrengungen der Landesregierung in den Jahren 2021 und 2022 beginnen spürbar Früchte zu tragen.“ Gleichwohl bemerkenswert ist, dass diese Verbesserungen von der übrigen Bevölkerung nur sehr begrenzt wahrgenommen werden. 57 Prozent der Niedersachsen ohne schulpflichtige Kinder sind der Überzeugung, die digitale Ausstattung der Schulen sei nach wie vor mangelhaft.

## **Weitergehendes Material für Ihre Berichterstattung**

Mit dieser Pressemitteilung übermitteln wir Ihnen zusätzlich die Original-Grafiken des Instituts für Demoskopie Allensbach zur freien Verwendung.

Wir bitten um Beachtung des Quellenhinweises: „Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Drei Quellen-Mediengruppe“.

### **Ein Hinweis in eigener Sache:**

Am Mittwoch, den **12. Juli 2023 um 12 Uhr**, laden wir Sie herzlich zu einer **Pressekonferenz** im Central-Hotel Kaiserhof (Ernst-August-Platz 4, 30159 Hannover) ein. Dr. Schmidt wird Ihnen den politischen Teil der Allensbach-Studie inklusive aktueller „Sonntagsfrage“ vorstellen.

Anmeldungen und Rückfragen richten Sie bitte an:

Tomas Lada  
Leiter Medien & Vertrieb  
Drei Quellen Mediengruppe

Telefon: +49 511 1322 2955

Mobil: +49 172 515 66 69

Fax: +49 511 6560 6576

[lada@drei-quellen-mediengruppe.de](mailto:lada@drei-quellen-mediengruppe.de)